

Deutscher **Freidenker**-Verband

Rundbrief

des Landesverbandes Nord e.V.

32. Jahrgang

3/2021



Für ein friedliches neues Jahr

„Wir stellen fest, dass das deutsche Volk von außerdeutschen Mächten zur unmittelbaren Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gezwungen werden soll ... Das Volk sollte über sein Schicksal, über Krieg oder Frieden selbst ... entscheiden ... und seinen Willen ... durch eine Volksbefragung zum Ausdruck“ bringen.

aus dem Essener Manifest zur Volksbefragung gegen die Wiederbewaffnung 1951

AUS DEM INHALT

VERBANDSARBEIT – RELIGION UND KIRCHENKRITIK

- Aus dem Landesverband Nord

AUS DEN REGIONEN NORDDEUTSCHLANDS

- Jugendweihe 2021

POLITIK UND KULTUR

- Gesamtdeutsche Friedenssehnsucht 1951
- Rentenpolitik und Altersarmut

Verbandsarbeit, Religion und Kirchenkritik

Aus dem Landesverband Nord

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde des DFV-Nord,

schwierige Zeiten liegen hinter uns. Der Hoffnungsschimmer, den Frau Merkel mit ihrer Ankündigung, sobald es einen Impfstoff gäbe, bekämen wir unsere Freiheiten zurück, verblasst zusehends. Denn wir haben ja seit mehr als einem Jahr nicht nur einen, sondern vier Impfstoffe, aber das freie Leben lässt weiter auf sich warten.

Jetzt wird an die Solidarität der Ungeimpften appelliert, sich doch zum Schutze der Geimpften impfen zu lassen. Doch wie können die Geimpften durch Ungeimpfte gefährdet werden, wenn die Impfung wirkt? Und seit kürzlich das RKI eingeräumt hat, dass auch Geimpfte einander und Ungeimpfte anstecken können, kann Solidarität kein Impfgrund mehr sein. Die Impfung dient bestenfalls dem eigenen Schutz. Dagegen ist Solidarität mit denen, die unter der Krankheit leiden, wie mit denen, die unter den Maßnahmen leiden, notwendiger denn je, auf politischer Ebene wie in der Nachbarschaft.

Aber wie wir uns auch als einzelne entscheiden mögen, für oder gegen eine Impfung, besonders nach unserer faschistischen Vergangenheit und den Urteilen im Nürnberger Ärzteprozess, muss Voraussetzung jeder Behandlung und jedes medizinischen Versuches in unserem Land die freie, unbe-

einflusste und aufgeklärte Entscheidung jeder betroffenen Person sein und bleiben – wie es 1947 im Nürnberger Codex festgelegt wurde.

Deshalb wiederhole ich meinen Appell aus dem vorigen Heft: Lassen wir uns nicht spalten!

Hinter dem Corona-Vorhang sind viele andere Gefahren verborgen, die dringend unseres Engagements und Einsatzes bedürfen: zuallererst die wachsende Kriegsgefahr, die Umweltzerstörung, Ressourcenverschwendung, der Klimawandel, die fortschreitende Verarmung hier und weltweit - überall sind es die sozial Benachteiligten, die am stärksten unter Corona und den Maßnahmen dagegen leiden müssen. Corona hat auch viele Mängel unseres profit- statt menschenorientierten Gesundheitssystems, in dem während der beschlossenen Notlage 5.000 Intensivbetten(!) mit staatlicher Unterstützung abgebaut wurden, sowie die schlechte Bezahlung und die harten Arbeitsbedingungen im Pflegewesen, die zu einem großen Mangel an Personal geführt haben, ans Licht gebracht.

Es ist also viel zu tun – tun wir, was wir tun können!

Mit herzlichen Grüßen

Toni Brinkmann

Gerda Kranz lebt nicht mehr

Gerda wurde als Gerda Ockert am 30. Januar 1930 in Hamburg geboren. Sie ist am 8. September in diesem Jahr in Rathenow eingeschlafen.

Geboren in Hamburg, ja, aber während des Kalten Krieges mit ihrem Mann Werner und ihren drei Kindern buchstäblich bei Nacht und Nebel in die DDR übergesiedelt. Auf Grund ihrer politischen Überzeugung und damit hergehende Aktivitäten wurden sie im Westen verfolgt. Ihr Mann Werner war kurze Zeit inhaftiert, aber der Gefängnisarzt erreichte es, dass Werner entlassen wurde. Er lehnte die medizinische Verantwortung ab. Werner war seit seinem 12. Lebensjahr insulinpflichtiger Diabetiker. Nachdem die Familie „verschwunden“ war, wurde sie ins Fahndungsbuch aufgenommen. Solange sie im Fahndungsbuch standen, war es unmöglich, nach Hamburg zu reisen. Die Familie Kranz hat in Rathenow ein neues Zuhause gefunden und hat dort unter Friedensbedingungen zufrieden gelebt. Bis wohin ging die Verfolgung und Fahndung in Hamburg? Der Schwager von Gerda (Heinz Hörcher, mein Vater) war schwer krank und befand sich in einem Krankenhaus in Mölln. Um Besuche zu ermöglichen, haben sich Familien, die motorisiert waren abgewechselt um seine Frau (unsere Mutter) nach Mölln am Wochenende zu fahren. So haben auch Gerda und Werner unsere Mutter gefahren. Kurz darauf erschien der Verfassungsschutz dort in der Klinik und wollte den Patienten verhören. Das scheiterte am konsequenten Eingriff des Oberarztes, der die Herren des Hauses verwies. Der Verfassungsschutz vermutete eine politische Zelle dort. Das war aber gar nicht möglich, denn unser Vater war totkrank.

Zurück zu Gerda: Sie trat im Raum Potsdam in den Freidenker-Verband ein. Sie nahm dort aber nicht aktiv, auf Grund der Entfernung von Rathenow nach Potsdam, am Verbandsleben teil. Aber auf Grund unseres Familienverhältnisses war sie bei den Aktivitäten bei uns im Norden fast immer dabei. So einigten wir uns mit den Genossen in Brandenburg, dass Gerda im DFV Nord Mitglied ist. Zahlreiche Mitglieder in unserem Landesverband haben Gerda kennen und schätzen gelernt. Ihr Wissen, ihre Kontaktfreude, ihre Lust an Unternehmungen, ihre Aktivitäten in der Volkssolidarität, in der Partei DIE LINKE und einen ausgeprägten Familiensinn machten sie aus.

Angelika Scheer, DFV Nord e.V und Nichte von Gerda

Aus den Regionen Norddeutschlands

Ein Schritt zum Erwachsenwerden

Jugendweihe 2021

Nachdem 2020 die Jugendweihekurse ohne eine gemeinsame Abschlussfeier zu Ende gegangen waren, konnten 2021 die Kurse, welche erst nach den Sommerferien begannen, am 31.10.2021 eine gemeinsame Feier begehen. Unter erheblichem Aufwand durch die ehrenamtlichen Mitarbeiter:innen gelang es, den 3G-Bedingungen zu entsprechen und in der Friedrich-Ebert-Halle in Harburg wieder ein inhaltsreiches Programm auf die Bühne zu bringen. Alle 23 Jugendlichen aus den Kursen gestalteten dieses mit, viele auch durch eigene kleine Texte. Hier zwei Beispiele:

„Trotz der ganzen Pandemiasache, Abstand halten, Masken tragen und Trefferverboten, stehen wir nun hier vorne. Wow. Nun, auch wenn wir uns nicht so lange treffen konnten wie geplant, nehme ich viel Wissen aus den Treffen mit. Wir haben z.B. über Politik geredet, wobei das für mich tatsächlich ein etwas neuerer Themenbereich war. Wir haben auch über die Umwelt und das Klima gesprochen und diskutiert. Jedes einzelne Treffen sind neue Dinge hinzugeraten und nicht nur Wissen, sondern auch neue Leute. Und jetzt ist es schon vorbei, eigentlich ziemlich schade ...“

„Hallo liebe Gäste, Eltern, Familie, Freunde und Verwandte, wir haben uns heute hier versammelt, um den Schritt zum Erwachsenwerden von uns zu feiern. Fangen wir mal ganz vorne an. Wir hatten nach den Sommerferien in diesem Jahr jeden zweiten Donnerstag, bis heute, den Jugendweihekurs mit Marleen und Dennis als Teamer. Da haben wir über Gewalt, Politik, Arbeit, Drogen und Süchte gesprochen und wir haben das KZ Neuengamme besucht. Es waren ernste Themen dabei, aber auch was zum Lachen und wir hatten eine gute Zeit zu fünft, wenn auch nicht immer alle vollzählig waren. Doch heute steht die Jugendweihe bevor und da kann man mal sehen, wie schnell die Zeit doch vergeht. Gefühlt gestern noch die Einschulungstüte in der Hand gehabt und heute stehen schon junge Erwachsene vor euch. Die Kindheit ist schnell vorbei gegangen, früher war vieles leichter – wir

zum Beispiel. Doch als Kind hatte man auch viele Vorteile, das S-Bahn-Ticket war günstiger oder eine gratis Wurst von der Einkaufstheke. Doch jetzt drückt der Schuh der Kinderzeit und es werden neue ausprobiert. Wir werden die richtigen Schuhe für unsere eigenen Wege finden, damit wir eigene Wege gehen, die vielleicht noch niemand gegangen ist, damit wir

eigene Spuren hinterlassen, die vielleicht noch niemand hinterlassen hat. Und diesen Schritt wollen wir heute mit euch feiern. Ihr habt uns in der Kindheit begleitet und werdet es hoffentlich noch weiter tun. Als Erwachsener muss man bestimmte Hürden überwinden, das können wir uns denken, Verantwortung übernehmen, seinen eigenen Weg gehen, aber eben genau das ist das Aufregende am Erwachsenwerden. Davon können wir jetzt noch träumen. Ab 18 muss man nachts nicht mehr heimlich rausgehen, sondern es ist legal, oder einfach ins Auto steigen und losfahren. Und darauf wollen wir heute gemeinsam mit euch allen anstoßen und diesen Schritt feiern. Danke.“

Im nächsten Jahr beginnen die Kurse in Bergedorf, Geesthacht, Lüneburg und Harburg wieder in der Woche nach den Weihnachtsferien. Die Feier wird am 28. Mai 2022 sein. Die Eltern des zur Jugendweihe angemeldeten Jugendlichen leisten einen Beitrag von 60 Euro. Geschwister zahlen zusammen 90 Euro, Kinder von Eltern

mit geringem Einkommen einen Beitrag von 40,- Euro, der die Kosten des Unterrichts und des Gedenkbuches deckt. Wir freuen uns über einen freiwilligen höheren Beitrag oder eine Spende. An der Jugendfeier nehmen die beteiligten Jugendlichen kostenlos teil. Eltern und Gäste zahlen einen Kostenbeitrag von 8 Euro je Person.

Helmuth Sturmhoebel, 1. Vorsitzender

Kontakt:
www.jugendweihehamburg.de
Mail: ag.jugendweihe@t-online.de – Telefon: 040 7 245545

Samburger Echo

4. Jahrgang Nr. 72 26. März 1890

Zur Erinnerung an die Schulentlassung der Kinder, welche nicht konfirmiert werden, war am Montagabend in Barmbeck im „Viktoriagarten“ eine eigenartige, recht ansprechende und erhebende Familienfeier veranstaltet. An der Feier nahmen 23 entlassene Schüler und Schülerinnen mit ihren Eltern und sonstigen Angehörigen und Freunden, im ganzen 350 Personen, teil. Die Einleitung bildeten drei Redakte über die „Bedeutung der Konfirmation“, „Aberglaube und Wissenschaft“ und „Das Leben nach der Schulzeit“. Den übrigen Teil des abwechslungsreichen Programms bildeten Chorgesänge der Liedertafel des Fortbildungsvereins Barmbeck, diverse Soli, Quartettgesänge, Terzette, Duette, ernste und humoristische Vorträge. Zum Schluß wurden Schattenbilder vorgeführt. Zwischendrin fand eine gemeinschaftliche Festtafel statt, bei welcher selbstverständlich ebenfalls von mehreren Seiten der Bedeutung des Tages entsprechende Toaste ausgebracht wurden. Der ganze Eindruck des Festes war ein so vorzüglicher, daß es wohl allen Teilnehmern lange im Gedächtnis bleiben wird, vor allem aber den teilnehmenden der Schule erwachsenen Kindern, denen die ernstern ermahnenden Worte hoffentlich recht tief im Gedächtnis haften und ihnen ein Sporn sein werden, sich in der Zukunft zu recht tüchtigen und brauchbaren Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft zu entwickeln.

Gesamtdeutsche Friedenssehnsucht

Die Volksbefragungskampagne 1951 zur Remilitarisierung Deutschlands

Als der deutsche Innenminister und spätere Bundespräsident Gustav Heinemann 1950 zurücktrat und damit gegen die Remilitarisierungspolitik der Regierung Adenauer protestierte, löste er eine bundesweite Bewegung aus.

1.700 Delegierte aus allen Teilen der jungen Bundesrepublik forderten auf einer Tagung in Essen unter dem Motto „Rettet den Frieden“ eine Volksbefragung:

„Sind Sie gegen die Remilitarisierung Deutschlands und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland im Jahre 1951?“

Es wurde ein „Hauptausschuss“ gebildet, dem viele bekannte Persönlichkeiten angehörten.

Aus dem späteren Urteil des Bundesgerichtshofes von 1954 im Verfahren gegen leitende Mitglieder dieses Ausschusses ist ersichtlich, dass die KPD einen wesentlichen Einfluss auf deren Tätigkeit ausübte.

Doch die Delegierten in Essen erhielten von der Bundesregierung keine Antwort. In einem „Manifest“ hatten sie gefordert:

„Wir stellen fest, dass das deutsche Volk von außerdeutschen Mächten zur unmittelbaren Vorbereitung eines dritten Weltkrieges gezwungen werden soll ... Das Volk sollte über sein Schicksal, über Krieg oder Frieden selbst ... entscheiden ... und seinen Willen ... durch eine Volksbefragung zum Ausdruck“ bringen.

Die Volksbefragungskampagne wurde im März von der „Europäischen Arbeiterkonferenz gegen die Remilitarisierung Deutschlands“ auf einer Konferenz in Berlin, an der fast 1.000 Delegierte aus 19 europäischen Ländern teilnahmen, unterstützt.

Daneben gab es zahlreiche Telegramme und Briefe von bekannten Persönlichkeiten, die sich für eine sofortige Befragung engagierten.

Die geplante Befragung erfasste breite Schichten der Bevölkerung und überall dort, wo sie durchgeführt wurde, stimmten große Mehrheiten gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland.

Diese Ergebnisse wurden nirgends bestritten und Adenauer schwieg sich in seinen Memoiren darüber aus!

Im April 1951 verbot die Adenauer-Regierung die Fortführung der Befragung und berief sich auf Art. 9,2 des Grundgesetzes, in dem es um Wahrung der verfassungsmäßigen Ordnung geht.

Im Bundestag glaubte der Innenminister Lehr (CDU, er bezeichnete sich gern als Polizeiminister) die Gefährlichkeit der Befragung in einer Rede Walter Ulbrichts zu sehen, in der die

ser auf die mächtigen Demonstrationen und Massenstreiks in der Bundesrepublik hingewiesen und wörtlich gesagt hatte:

„Wer sich nicht an der Volksbefragung ... und für einen Friedensvertrag... beteiligt, der macht sich mitschuldig an den Verbrechen, die von Eisenhower, Adenauer und Kompanie verbreitet werden.“

Der „Hauptausschuss“ wandte sich an den Bundespräsidenten Heuss und erbrachte eine große Anzahl an juristischen Beweisen für die Rechtmäßigkeit der Befragung.

Am 26. April protestierte der Abgeordnete Fritz Rische (KPD) im Bundestag:

„Mit diesem Anschlag auf die elementarsten demokratischen Rechte des Volkes entlarven sie sich“; (also die Regierungsparteien) „verraten sich selber. Wer das Volk daran hindern will, frei und ungehindert zu sprechen, der gibt aller Welt zur Kenntnis, dass er selbst für die Remilitarisierung eintritt.“

Ebenfalls im Bundestag erhob sich Helene Wessel (Zentrum) noch einmal gegen die Adenauerpolitik und zitierte den zurück getretenen Heinemann, der auch die „Befragung des deutschen Volkes, das allein über Remilitarisierung und Krieg oder Frieden entscheiden“ sollte, gefordert hatte.

Kirchenpräsident Niemöller schrieb einen „Offenen Brief“ an Adenauer, dass der „evangelische Christ sich jeder Remilitarisierung praktisch widersetzt“; sollte die Verfassung ihn daran

hindern, dann müsse er eben „Gott mehr gehorchen als den Menschen mit ihren Vertragswerken.“

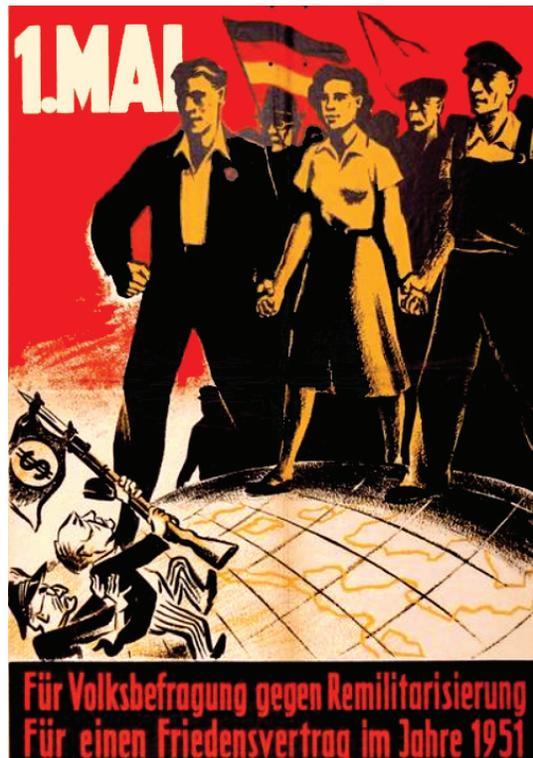
Großen Einfluss auf die protestantische Geistlichkeit hatte ferner ein Brief des Schweizer Theologen Karl Barth, in dem der Kampf für den Frieden als die christliche Aufgabe von heute bezeichnet wurde.

Allerdings gab es keine einheitliche Meinung innerhalb der christlichen Kirchen. Bemerkenswert ist, dass sich sogar etliche Gerichte gegen Adenauer wandten und verhaftete Teilnehmer an den Volksbefragungsaktionen frei sprachen.

Und es ist mehrfach vorgekommen, dass Polizisten sich weigerten, gegen diese „Friedenskämpfer“ vorzugehen.

Anfang Juni 1951 fand auch in der DDR die vom „Hauptausschuss“ angeregte Befragung unbehindert statt. 95,9 Prozent der dortigen Befragten wandten sich gegen die Wiederaufrüstung.

Dieses Ergebnis und die Tatsache, dass die in der Bundesrepublik verbotenen Aktionen von der DDR-Regierung unterstützt wurden, veranlasste die Adenauerregierung zu der Behauptung, dass die Volksbefragungskampagne eine von der Sowjetunion



und von deutschen Kommunisten ins Leben gerufene Aktion sei.

Alles, was mit der Befragung zusammen hing, wurde als kommunistisch dargestellt und eine Diskussion dadurch erschwert!

Ja, eine Menge von Flugblättern und auch Urnen mit gesammelten Flugblättern wurden von der Polizei beschlagnahmt und viele Helfer verhaftet. Nicht unschuldig waren dabei rechte SPD- und DGB-Führer, die jede Zusammenarbeit mit Kommunisten ablehnten.

Der Sozialdemokrat Herbert Wehner argumentierte so im Bundestag: „Diese Aktion muss als ungesetzlich unterbunden werden.“

Es wurden darauf hin viele aktive Helfer und Befürworter aus ihrer Partei ausgeschlossen, der DGB warnte sogar vor einer Teilnahme an der Volksbefragung.

Es gelang aber nicht, diese Befragung völlig einzustellen, bis April 1952 hatten sich 9 Millionen Westdeutsche gegen die Wiederaufrüstung ausgesprochen.

Dort, wo man ungestört arbeiten konnte, gab es große Mehrheiten gegen die Aufrüstung, so befragten zum Beispiel in Hanau 400 Helfer aus allen Schichten über 18.000 Personen, etwa ein Drittel der Wahlberechtigten, Polizeistörungen hatte man vorher verhindert durch gezielte Falschinformationen, die Polizisten waren schlicht woanders.

Allmählich wurden die Volksbefragungen geringer, teils durch die antikommunistische Hetze der Regierung und teils durch die massiven Polizeiaktionen, die immer zahlreicher auftraten.

Verschiedene Zeitungen, die mit den Initiativen der Volksbefragung sympathisierten, wurden verboten, Ende Juni durften von 14 Tageszeitungen der KPD nur noch zwei erscheinen, und Massendemonstrationen in Düsseldorf, Bonn und Hannover im Juni 1951 knüppelte die Polizei auseinander.

Doch die Volksbefragungsbewegung hatte einen großen Anteil an der Ausweitung der antimilitaristischen Opposition, auch große Teile der Jugend protestierte gegen die Adenauer-Politik:

Am 2. März 1952 fand in Darmstadt das „Westdeutsche Treffen der jungen Generation“ statt.

Es nahmen daran weit über 1.000 Jugendliche der beiden christlichen Konfessionen, der sozialdemokratischen „Falken“;

der Naturfreundejugend, der Pfadfinder, der FDJ und diverse pazifistische Gruppen teil. Sie forderten die deutsche Jugend auf, der Wiederbewaffnung „zu widerstehen“ und riefen „angesichts der drohenden Wiederaufrüstung Westdeutschlands den Notstand für das gesamte deutsche Volk“ aus.

Am 11. Mai 1952 zogen mehr als 30.000 Jugendliche in einer großen „Jugendkarawane“ nach Essen, um dort zu protestieren. Die Polizei schoss in die unbewaffnete Menge und tötete den jungen Kommunisten und Gewerkschafter Philipp Müller.

In zahlreichen DDR-Publikationen wurde Müller als „das erste Opfer des neu erstandenen deutschen Militarismus“ bezeichnet und Straßen und Gebäude nach ihm benannt, was nach 1990 vielfach wieder geändert wurde.

In dieser reaktionären Phase der bundesdeutschen Nachkriegspolitik gaben drei ehemalige Reichskanzler, Dr. Wirth, Dr. Brüning und Dr. Luther eine Erklärung heraus, die bewies, dass auch in bürgerlichen Kreisen Adenauers Politik der kapitalistischen Alleinherrschaft Beunruhigung auslöste.

Im Herbst 1952 stellte der „Hauptausschuss“ kurz vor seiner Selbstauflösung fest, dass trotz der 8.781 Polizeieinsätze, der Verhaftung von 7.331 Helfern und mehr als 1.000 Gerichtsverfahren in der jungen Bundesrepublik 9.119.667 Bürger sich gegen die Remilitarisierung und für einen Friedensvertrag mit Deutschland ausgesprochen hatten.

Nach den Aktionen verschärfen sich die antikommunistischen Hetzkampagnen und Rüstungsbefürworter gewannen immer mehr an Einfluss.

Doch hatten die Kampagnen auch eine Wirkung, die immer noch anhält: Volksbefragungen haben für Herrschende etwas Bedrohliches, sprechen von Suggestivfragen und werden bis heute kaum geduldet. Nach Art. 29,4–6 des Grundgesetzes dienen sie der „direkten Demokratie“ zur Ermittlung des Willens der Bevölkerung... bei der „Neugliederung des Bundesgebietes“:

Berend Buscher

(Der Beitrag verwendet Teile meiner Examensarbeit von 1973, die vom Ossietzky-Experten Prof. Dr. Werner Boldt der Universität Oldenburg begutachtet wurde.

Eine Literaturliste kann bei mir angefordert werden.)

SPENDEN FÜR DONBASS

Der als gemeinnützig anerkannte Verein **Aktionsbündnis Zukunft Donbass e.V.**, mit dem Sitz Ruhla und eingetragen im Vereinsregister des Amtsgerichtes Eisenach unter dem Registrierzeichen VR 310999 verfolgt das Ziel, den Menschen im Donbass, die durch den Krieg in der Ostukraine zu Schaden kamen, humanitäre Hilfe zuteil werden zu lassen, indem er:

- **Medizinische Güter** in Deutschland sammelt und als humanitäre Hilfe in den Donbass liefert,
- **Spendenaufrufe** in der Öffentlichkeit betreut, zum Zweck der Finanzierung der Vorhaben,
- **Transporte** organisiert, betreut und finanziert,
- **humanitäre Hilfsprojekte vor Ort** unterstützt,
- Zeugnis ablegt in Form von Wort, Schrift sowie medial, um die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die katastrophalen Zustände in den betroffenen Gebieten zu lenken, z.B. durch die Organisation und Durchführung verschiedener Aktionen,
- die sorgsame Verwaltung der gespendeten Mittel unternimmt, um sie ausschließlich für die o.g. Zwecke einzusetzen, sowie
- Nachweise für die Öffentlichkeit über die Verwendung der Spendenmittel führt.

Ihre Spende ist steuerlich voll abzugsfähig. Ab 200 Euro erfolgt die Ausstellung einer Spendenbescheinigung.

Die Spendenbescheinigung für Ihre Steuererklärung erhalten Sie automatisch jeweils im ersten Quartal eines jeden Jahres. Wenn Sie sich über Spenden hinaus bei der Humanitärhilfe für den Donbass engagieren möchten, sind Sie herzlich willkommen, unserem Verein als Mitglied beizutreten.

AK ZUKUNFT DONBASS E.V. – SPARKASSE WARTBURG – IBAN: DE18 8405 5050 0012 0411 81 – BIC: HELADEF1WAK

Rentenpolitik und Altersarmut

Der Sozialstaat versagt bei der Altersversorgung

Voltaire hat in „Betrachtungen für Dummköpfe“ ausgeführt: „Wenn die große Zahl der Geführten aus Ochsen bestünde und die kleine Zahl der Führenden aus Ochsentreibern, so wäre die Minderheit gut beraten, wenn sie der Mehrheit ihre Unwissenheit bewahrte.“

Um der Unwissenheit über die in Deutschland herrschende Armut – insbesondere der Altersarmut – zu begegnen, bedarf es (insoweit) einer Aufklärung und Kommentierung zum Zustand der gesetzlichen Rente (GRV) und welche Auswirkungen die maßgeblich seit ca. 20 Jahren praktizierte Rentenpolitik für die GRV-Versicherten – heute im Behördendeutsch „Kunden“ genannt – hat.

So wurde Anfang der 2000er Jahre ein gründlicher „Umbruch“ (Paradigmenwechsel) bei der GRV vollzogen. Seitdem und bis heute ist nicht mehr die Erhaltung des Lebensstandards im Alter, sondern die Kostendeckelung im Rentenrecht zum erklärten gesetzlichen Ziel aller Bundesregierungen erkoren worden. Und es heißt, wer seinen Lebensstandard erhalten oder Altersarmut verhindern wolle, solle privat vorsorgen. Die bürgerlichen Parteien wollen offensichtlich am gescheiterten Dreisäulenmodell (Rente + Betriebsrente + Private Vorsorge) festhalten, obwohl es nachweislich für die Beitragszahler viel teurer ist, als eine starke gesetzliche Rente. Dazu mehr in weiterer Ausführung.

Die Folgen des „Umbruchs“ sind für die in der GRV-Pflichtversicherten katastrophal: Nämlich eine durch den Gesetzgeber bestimmte drastische Absenkung des Versorgungsniveaus, das auf eine Nettoersatzquote* von 50 Prozent abgesenkt wird. Von dieser Rentenpolitik sind seit Jahren und aktuell die gegenwärtigen Rentnerinnen und Rentner betroffen, sie wird aber in einem heute noch ungeahnten Maße die jetzt noch Jungen – im Arbeitsleben Stehenden bis hin zu den Berufsanfängern – treffen.

Unsere Gesellschaft und ihr sozialer Zusammenhalt wird ernsthaft bedroht, wenn in der Rentenpolitik nichts geändert wird. Allerdings bedürfen die notwendigen Änderungen eines wiederum gründlichen Umbruchs, kleine oder begrenzte Gesetzesänderungen – ein Kurieren an Symptomen –, wie die „Grundrente“ reichen absolut nicht aus. Es bedarf akut eines Umsteuerns in der Rentenpolitik mit grundlegenden Zielen zu einer Rentenreform. Die Ziele dieser Rentenreform beinhalten, dass eine auskömmliche, d.h. lebensstandardsichernde Rente garantiert wird. Und dass diese Rente ausschließlich aus der paritätisch umlagefinanzier-



ten GRV plus staatlicher Ergänzungsleistungen finanziert wird. Weiter, dass wirksame Regelungen zur Vermeidung von Altersarmut getroffen werden. Und dass alle Erwerbstätigen nach gleichen Regeln mit Versicherungsbeiträgen belastet und mit auskömmlichen Renten versorgt werden. (Einführung einer Erwerbstätigenrentenversicherung unter Einbeziehung von Beamten, Berufspolitikern – MdB und MdL, Bürgermeistern, Landräten etc. sowie von allen Selbständigen wie unter anderem Mediziner, Apotheker, Rechtsanwälte, Architekten etc. incl. Künstler des Bereichs Wort, Musik, Bildender und Darstellender Kunst) Es gilt der Grundsatz – auch bei der Rente –, dass stärkere Schultern mehr tragen als schwache Schultern. Schließlich, dass der Sozialstaat die Erfüllung dieser Ziele garantiert. Erläuterungen/Einzelheiten zu den genannten Zielen werden in einem nächsten Rundbrief erfolgen. Es geht um soziale Gerechtigkeit bei der Gestaltung des Sozialen Sicherungssystems, wie auch das Steuerrecht einer sozialen Gestaltung bedarf.

Armut selbst können wir unmittelbar wahrnehmen, wenn wir vor die Tür gehen: Menschen, die als Obdachlose unter Brücken leben, Kinder, die sich schämen, aus einer HartzIV-Familie zu kommen und unter der Stigmatisierung, arm zu sein, leiden („Kinderarmut“), Rentnerinnen und Rentner, die bei der Tafel für Essen anstehen. Die Bundesregierungen der letzten fünf/sechs Legislaturperioden und ihre Sozialpolitiker haben offenbar keinen Blick für die Nöte armer Menschen und ihre gesellschaftliche Benachteiligung gehabt, vielmehr ist im Rahmen einer neoliberalen Politik ein Sozialstaatsabbau erfolgt.

Und eine Zwischenbilanz zeigt: Die Zahl der Grundsicherungsempfänger (Sozialhilfe) ist innerhalb von 18 Jahren um 110 Prozent gestiegen. Unter der Armutsschwelle (aktuell 1200 € für Einzelhaushalte) leben mittlerweile 20 Prozent der RentnerInnen (netto vor Steuern), auch hier eine Zunahme

von etwa 70 Prozent in 15 Jahren. Das Rentenniveau (netto vor Steuern) ist seit 1990 von 55 auf 48 Prozent, also um 13 Prozent abgesenkt worden. Wird die noch zunehmende Besteuerung der Renten eingerechnet, ist das Nettorentenniveau nach Sozialabgaben und Steuern (Nettoersatzquote) aufgrund gesetzlicher Bestimmungen um ca 16 Prozent gesenkt worden (alle Daten/Fakten: siehe Reiner Heyse in Ossietzky 11/2021).

Der von den Bundesregierungen eingeschlagene bisherige Weg, durch gesetzliche Maßnahmen die Rentenansprüche der GRV-Versicherten zu kürzen und die entstehenden Versorgungslücken durch private Zusatzversicherungen zu schließen (Riester-Rente) ist gescheitert. Entsprechend versagt(e) der Sozialstaat bei der Altersversorgung. Es geht aber darum, dass ältere Menschen in Deutschland ein selbstbestimmtes Leben frei von materieller Not, vor allem frei von Altersarmut, führen können. Die sich abzeichnende neue Bundesregierung scheint sich allerdings auf dem Trampelpfad bisheriger Rentenpolitik bewegen zu wollen.

In Deutschland sind bereits heute knapp 2,8 Millionen Menschen – trotz Vollzeitjob – selbst nach 45 Arbeitsjahren von Altersarmut bedroht. Unter Berufung auf Daten der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Rentenversicherung (DRV) forderte der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft NGG, Guido Zeitler, eine „Stärkung“ der GRV. Zeitler warnte: „Altersarmut ist kein Schreckensze-

nario der Zukunft, sondern für viele Menschen längst Realität“

Und dass jetzt die „Jungen“; d.h. im Arbeitsleben Stehenden, immer größere Teile ihres Arbeitseinkommens für die von der Ampelkoalition beabsichtigte „Aktienrente“ opfern sollen, höhlt die umlagefinanzierte GRV weiter aus, führt zum Rückbau der kollektiven sozialen Sicherung, nicht allein bei der Rente. Soweit wir grundsätzlich darum wissen, dass die GRV quasi demontiert wurde/wird, kann unsererseits reagiert werden und uns kein Ochsenstatus unterstellt werden (s.o. Voltaire).

Von „Seniorenaufrüstung“ – www.seniorenaufstand.de und unter renten-zukunft.de – wird dazu aufgerufen, in der Rentenpolitik zu gemeinsamen, verständlichen und überzeugenden Zielen zu kommen. Es gibt laut Reiner Heyse/Seniorenaufstand nachhaltige Lösungen, um lebensstandardsichernde und armutsvermeidende Lösungen bei der Altersversorgung zu erreichen. Dies wird in der Zweiwochenschrift „Ossietzky“ in einem der nächsten Hefte aufgezeigt werden.

Ulfert Kaufmann, Oldenburg

- * Die Nettoersatzquote bezieht sich auf das tatsächlich verfügbare Renten-Einkommen. Die Folgen der Absenkung sind eine enorm ansteigende Altersarmut, die in wenigen Jahrzehnten mehr als die Hälfte der (zukünftigen) Rentnerinnen und Rentner treffen wird.

KORSO-Austritt

Nach gründlicher Analyse und Erörterung der auf der KORSO-Ratsversammlung am 19. September 2021 beschlossenen Satzungsänderungen hat der Vorstand des Deutschen Freidenker-Verbandes auf seiner Tagung am 16./17. Oktober 2021 den Austritt des DFV aus dem KORSO, dem künftigen Zentralrat der Konfessionsfreien, beschlossen.

In der offiziellen Austrittserklärung heißt es u.a.:

„Die von der letzten außerordentlichen Ratsversammlung des KORSO am 19. September 2021 beschlossenen Änderungen stellen aus unserer Sicht einen Bruch mit dem bisherigen Selbstverständnis dar. Der neue Name ist unbestritten die auffälligste Neuerung, aber sie hat mehr als eine formale und nach außen gerichtete Bedeutung. Sie macht expressis verbis eine konzeptionelle Änderung deutlich: Erstens, dass an die Stelle einer bislang die unterschiedlichen Vorstellungen und Interessen koordinierenden, definierenden und vertretenden Instanz nun eine eher zentralistisch agierende Körperschaft tritt, und zweitens, dass deren Subjekte nicht mehr die „säkularen Organisationen“ sind, sondern die „Konfessionsfreien“ als Individuen. Damit wird die Rolle und Bedeutung der Mitgliedsorganisationen als bisher tragendem Fundament des Zusammenschlusses herabgesetzt.“

Der Wechsel des Namens fand eingebettet in eine sogenannte „umfassende Satzungsreform“ statt, die aus unserer Sicht stellenweise eher eine Satzungsrevision darstellt. Dies zeigt sich zunächst in den Bestimmungen über die Mitgliedschaft, die nun auch für (gemeinnützige) GmbHs geöffnet wird, also für vorwiegend wirtschaftlich tätige Organisationen, deren Mitgliedschaft bis dato explizit ausgeschlossen wurde. Eine wei-

tere gravierende Änderung betrifft „Mitgliedsorganisationen von Dachverbänden in Deutschland, die schon Mitglied im KORSO sind,“ und die entgegen der bisherigen Regelung fortan dem Verein zusätzlich angehören können. Damit kann eine Mitgliedsorganisation durch die Schaffung einer Phalanx von Unter- und Vorfeldorganisationen im neuen Zentralrat eine beherrschende und majorisierende Stellung gewinnen.

Die Änderung des Vereinscharakters kommt auch in den neuen Bestimmungen über die Organe zum Ausdruck. Die Ratsversammlung ist zwar formell weiterhin das oberste Vereinsorgan, aber ihr Recht zur Festlegung der Größe des Vorstands wurde abgeschafft. Lag es zuvor im Ermessen der Ratsversammlung, die Anzahl der Vorstandsmitglieder zu bestimmen, wird nun die Zahl von fünf Mitgliedern in der Satzung fixiert. Die der alten Regelung zugrundeliegende Zielsetzung, dass möglichst alle, zumindest eine große Zahl der Mitgliedsorganisationen im Vorstand repräsentiert sind, wurde damit aufgegeben. ...

Zusammenfassend stellen wir fest, dass die Mitgliedsorganisationen nicht mehr die tragende und entscheidende Rolle im neuen Zentralrat spielen werden, ihre Eigenständigkeit beeinträchtigt wird und dies mit einem Demokratieverlust einhergeht. Dies bedauern wir sehr, gerade im Hinblick auf die positiven Erfahrungen auf der 2000-2020 zurückgelegte Wegstrecke.

Wir hoffen, dass trotz unseres Austritts ein kollegiales und solidarisches Verhältnis bewahrt, und bei verschiedenen Forderungen und Kampagnen die Einheit in der Aktion realisiert werden kann. Der Deutsche Freidenker-Verband ist ausdrücklich zur Zusammenarbeit für gemeinsame Ziele mit den Verbänden innerhalb wie außerhalb des Zusammenschlusses bereit.“



Rundbrief

Herausgeber: Deutscher Freidenker-Verband, Landesverband Nord e.V.

Redaktion: Antonie Brinkmann (V.i.S.d.P.)

Gneisenaustraße 107, 28215 Bremen

Mail-Adresse des DFV-Nord: dfv-nord@freidenker.de

Für namentlich gekennzeichnete Beiträge ist der jeweilige Autor verantwortlich

Konto für Beiträge und Spenden: DFV-Landesverband Nord e.V.

IBAN: DE54 2001 0020 0108 3592 07, BIC: PBNKDEFF,

Postbank Hamburg

Layout: Tom Brenner / CommPress Verlag GmbH, Essen

Der DFV im Internet: www.dfv-nord.de oder www.freidenker.de

Der Bezug des Rundbriefs ist für Mitglieder kostenlos. Einzelexemplar 1,00 Euro.

Für Nichtmitglieder kann der Rundbrief in Kombination mit dem Verbandsorgan FREIDENKER (4 mal im Jahr) für jährlich 15 Euro bestellt werden.

Hinweise auf Kontakte von befreundeten Organisationen

Stadtteiltreff AGDAZ

Arbeitsgemeinschaft Deutsch-Ausländische Zusammenarbeit e.V., Gropiusring 43a, 22309 Hamburg, Tel. 040/6301028
info@agdaz.de und www.agdaz.de

Arbeitsgemeinschaft Jugendweihe Groß-Hamburg e. V.

Klapperhof 1, 21033 Hamburg, Tel. 040/7245545

VVN/BdA Hamburg

Infos zu Veranstaltungen aller Art unter Tel. 040 314254

VVN/BdA Kiel

Infos zum Programm über vvn-bda-kiel@gmx.de

VVN/BdA Bremen

Tel. 0421 382914

Arbeitskreis Dialektischer Materialismus (akdiamat.de)
unsereweltclub@gmail.com, Postfach 730510,

22125 Hamburg, E-Mail: unsereweltclub@gmail.com

Wohn- und Ferienheim „Heideruh e.V.“

Ahornweg 45, 21244 Buchholz i.d.Nordheide, OT Seppensen
Tel. 04181 8726, Mail: info@heideruh.de
Mehr Infos unter www.heideruh.de

Kuratorium „Gedenkstätte Ernst Thälmann“ e. V.

Ernst-Thälmann-Platz/Tarpenbekstr. 66, 20251 Hamburg-Eppendorf
Tel. 040 474184, www.thaermann-gedenkstaette.de

Willi-Bredel-Gesellschaft Geschichtswerkstatt e. V.

Ratsmühlendamm 24, 22335 Hamburg
E-Mail: willi-bredel-gesellschaft@t-online.de

Da coronabedingt keine oder sehr eingeschränkt öffentliche Veranstaltungen stattfinden, entfallen Veranstaltungshinweise.

Hinweise auf Kontakte und Veranstaltungen von befreundeten Organisationen im Jahr bitte direkt bei den Organisationen anfragen. Aufgrund der Corona-Pandemie ist alles offen.